

Ercheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition  
Johannisstraße 33.

Spezialdruck der Redaction:  
Dienstag 10-12 Uhr.  
Mittwoch 4-6 Uhr.

Die Redaction empfangt keine  
Bestellungen mehr als die Redaction nicht  
verbindlich.

Annahme der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Literatur an Wochentagen bis  
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Feiertagen früh bis 1/2 Uhr.  
In den Fällen für Prof. Annahme:  
Otto Riemer, Universitätsstr. 22,  
Ludwigstraße, Katharinenstr. 18, p.  
nur bis 1/3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

und  
**Anzeiger.**

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,200.

Abonnementpreis viertel, 4/2, 3/2,  
incl. Fringerlohn 6 1/2.  
durch die Post bezogen 6 1/2.  
Jede einzelne Nummer 25 Pf.  
Belagerepliar 10 Pf.  
Gebühren für Extrablätter  
ohne Postförderung 50 Pf.  
mit Postförderung 48 Pf.

Inserate 5 Gg. Petitione 20 Pf.  
Größere Schriften laut unserem  
Preisverzeichnis. — Labelartikler  
Satz nach höherem Tarif.

Reklamen unter dem Redactionsdruck  
die Spalte 40 Pf.  
Inserate sind nicht an d. Expedition  
zu senden. — Rabatt wird nicht  
gegeben. Zahlung pro numerando  
oder durch Postwechsel.

N<sup>o</sup> 133.

Sonnabend den 17. April 1880.

74. Jahrgang.

## Wegen der Messe

ist unsere Expedition

**morgen Sonntag Vormittags bis 12 Uhr**

geöffnet. **Expedition des Leipziger Tageblattes.**

### Bekanntmachung.

Das 8. Stück des diesjährigen Reichsgesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird bis zum 7. Mai dieses Jahres auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

- Rr. 1870. Gesetz, betreffend eine Ergänzung des Gesetzes vom 27. Juni 1871 über die Pensionierung und Versorgung der Militärpersonen. Vom 30. März 1880.
- 1871. Uebereinkommen zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien, betreffend das Eintreten des Deutschen Reichs an Stelle Preußens in den Vertrag vom 20. December 1841 wegen Unterdrückung des Handels mit afrikanischen Regnern. Vom 29. März 1880.
- 1872. Bekanntmachung, betreffend die Kaiserliche Verordnung über die Begründung der Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, vom 28. September 1879. Vom 11. April 1880.

Leipzig, den 15. April 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi.

Sidh.

### Bekanntmachung.

Seitens der Rathscollegien ist der sub C angefügte Nachtrag zum Ortsstatut festgesetzt worden. Nachdem derselbe seitens des königlichen Ministeriums des Innern mit Befähigungsbescheid versehen worden ist, so wird derselbe hiermit zur öffentlichen Kenntniss gebracht.

Leipzig, den 13. April 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi.

Mefferichmidt.

Mit Genehmigung des königlichen Ministeriums des Innern ist von Rath und Stadtverordneten auf Grund von § 68 al. 4 der Revidirten Städte-Ordnung folgender Nachtrag zum Ortsstatute

beschlossen worden:

§ 1. Werden die städtischen Theater zusammen oder einzeln an Unternehmer vergeben, so unterliegen außer denjenigen Punkten der abschließenden Verträge, zu welchen es nach der Revidirten Städte-Ordnung der Zustimmung der Stadtverordneten bedarf, der letzteren auch

1. die Festsetzung oder Abänderung des zu bezahlenden Pachtzinses,
2. die Festsetzung oder Abänderung der Theaterentriffspreise,
3. die Festsetzung oder Abänderung der Unterhaltungspflicht des Pächters bezüglich der Theatergebäude und des Inventars.

Es bleibt es jedoch dem Rathe das Recht vorbehalten, eine Abänderung der Theaterentriffspreise für einzelne Fälle und für einen die Dauer von vier Wochen nicht überschreitenden zusammenhängenden Zeitraum auch ohne die Zustimmung der Stadtverordneten zu genehmigen.

§ 2. Kann über die in § 1 unter 1-3 bezeichneten Angelegenheiten eine Vereinigung zwischen Rath und Stadtverordneten auch auf dem in § 111 der Revidirten Städte-Ordnung vorgezeichneten Wege nicht erlangt werden, so entscheidet die Ausschussbehörde.

§ 3. Die gegenwärtigen Bestimmungen treten erst für die nach Beendigung des mit Herrn Dr. Förster zur Zeit bestehenden Vertrages abzuschließenden Pachtverträge in Wirksamkeit.

Leipzig, den 17. Februar 1880.

Der Rath.

(L. S.) Dr. Georgi.

Die Stadtverordneten.

(L. S.) Geop. Mefferichmidt.

### Bekanntmachung.

Den Abmietern städtischer Werkbuden wird hierdurch in Erinnerung gebracht, daß die Mietzinsen für nächste Michaelismesse bereits in gegenwärtiger Messe und zwar spätestens bis zum Schlusse der Bötcherwoche, also bis zum 17. April d. J., bei Verlust des Contractes an unsere Stadtkasse zu berichtigen sind.

Leipzig, den 10. April 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi.

Ripsche.

### Bekanntmachung.

Die Lieferung von 300 zweifelhigen Schulbänken soll mit Vorbehalt der Auswahl unter den Bietern an den Mindestfordernden vergeben werden. Anschlagformulare und Bedingungen sind auf der Schul-expedition zu erhalten. Die Gebote sind versiegelt und mit der Aufschrift „Schulbänke“ versehen

an der Schul-expedition einzureichen.

Leipzig, den 14. April 1880.

Der Schul-ausschuß der Stadt Leipzig.

Dr. Panitz.

### Bekanntmachung.

Beabsichtigt die geologische Aufnahme von Leipzig und Umgegend durch Herrn Prof. Dr. Credner ist es sehr erwünscht, rechtzeitig zu erfahren, wann und wo Bohrungen, Brunnenausschachtungen, Ausgrabungen u. s. w., welche sich in den gewachsenen Boden hinein erstrecken, vorgenommen werden sollen. Wir ersuchen deshalb alle diejenigen Privaten, welche dergleichen Arbeiten auszuführen gesehnen sind, von dem Beginn derselben unserer Stadtmasserkunst, Rathhaus, II. Etage, schriftlich oder mündlich eine kurze Mittheilung rechtzeitig zukommen zu lassen.

Leipzig, am 15. April 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

### Bekanntmachung.

In Gemäßheit von § 1 der Instruction für die Ausführung von Wasserleitungen und Wasseranlagen in Privatgrundstücken vom 7. Juli 1865 machen wir bekannt, daß der Kiepmeyer

Herr Hermann Schneiderbeinze, Antonstraße Nr. 6, zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, am 13. April 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi. Ripsche.

### Versteigerung von Bauplänen.

Von dem der Stadtgemeinde gehörigen Bauareale an der Jacobstraße sollen 8 auf der Westseite derselben und am Rauhäcker Steinweg gelegene Baupläne:

Nr. 1	von 870,36 Quadratmeter,
2	519,42
3	655,61
4	555,42
5	813,77
6	655,35
7	582,73
8	495,13

Flächengehalt an die Weißbietenenden verkauft werden und beraumen wir hierzu Versteigerungstermin im großen Saale der Alten Waage, Katharinenstraße Nr. 29, II. Etage, auf

**Donnerstag, den 22. dieses Monats, Vormittags 10 Uhr**

an. Derselbe wird pünktlich zur angegebenen Stunde eröffnet und die Versteigerung bezüglich eines jeden der in obiger Reihenfolge nach einander ausgebotenen 8 Baupläne geschlossen werden, wenn darauf kein weiteres Gebot mehr erfolgt.

Die Versteigerungsbedingungen und der Parcellirungsplan liegen in unserem Bauamt, Tiefbauverwaltung, Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 18, zur Einsichtnahme aus, wo auch Exemplare derselben zum Preise von je 1 A abgegeben werden.

Leipzig, den 6. April 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi. Gerutti.

### Ein Referendar

kann auf die Dauer der Beurteilung eines solchen vom 1. Mai bis Ende dieses Jahres bei dem unterzeichneten Amte Beschäftigung finden, ohne seiner Seite an obige Frist gebunden zu sein. Monatlicher Gehalt 100 bis 150 A.

Leipzig, 16. April 1880.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Dr. Rüder.

### Dankfagung.

Dem Orchester-Pensionsfonds ist von der am 29. November 1879 hier verstorbenen Frau Caroline Friederike verw. Bensch geb. Schmitz in ihrem Testamente ein Legat von

**Dreihundert Mark**

zugewendet worden. Nach erfolgter Auszahlung dieses Legates bringen wir dies hierdurch mit dem Ausdruck unseres besten Dankes zur öffentlichen Kenntniss.

Leipzig, den 15. April 1880.

Der Verwaltungsausschuß des Orchester-Pensions-Fonds.

### Dankfagung.

Frau Julie Ernestine verw. von Goldbach geb. Franke, welche am 29. Januar 1880 zu Leipzig verstorben ist, hat in ihrem Testamente der Blindenanstalt zu Dresden ein Vermächtniß von 600 A ausgesetzt, das den bei der Blindenanstalt bestehenden Fonds, dem Fonds für entlassene Blinde und dem Legatenfonds, in gleichen Theilen zufallen wird.

Die Entschlossene hat durch diesen Act der Barmherzigkeit sich ein dauerndes Andenken in der Blindenanstalt errichtet und die unterzeichnete Direction sowie deren lichtlose Pflegerlinge zum aufrichtigen Danke, welchem auch durch diese Veröffentlichung Ausdruck gegeben werden soll, verpflichtet.

Dresden, den 6. April 1880.

Direction der Königl. Blindenanstalt.

H. Wättner.

### Die Wahl Virchow's.

\* Berlin, 15. April. Allzu glänzend hat die Fortschrittspartei im zweiten Berliner Reichstagswahlkreis gerade nicht gefestigt, obgleich sie ihren ersten Kandidaten Virchow ins Feld geschickt hatte. Die Fortschrittspartei hatte die Wahl zu einer Action ersten Ranges gemacht, ihre Anhänger aus Einringlichkeit vor den conservativen und socialdemokratischen Wählerkreisen gewarnt und ihre Presse hatte mit Herrn Virchow einen Cultus getrieben, gegen den jeder Cultus eines Diktators oder anderer großer Männer völlig erbläst. Wir haben wenigstens in der Presse keiner anderen Partei abgeschmacktere Ueberschwänglichkeiten über die eigenen Parteiführer gefunden, wie wir sie z. B. in dem Hymnus eines Berliner tabularen Organs lesen, wo es heißt: „Wahrlich, forderte ein Ausländer die Zusammenfassung der deutschen Cultur in einem Namen, wer wollte sich dem Augenblick bestimmen, ihm, Virchow“ entgegenzusetzen!“ Und trotzdem vernochte die Fortschrittspartei es nur auf 8150 Stimmen zu bringen, ungefähr die Hälfte der Stimmenzahl, welche der fortschrittliche Candidat sonst auf sich zu vereinigen pflegte; die ganze Betheiligung betrug kaum 33 Prozent der Wahlberechtigten. Am auffallendsten ist der Rückgang der Socialdemokratie; sie ist seit der letzten Wahl von 7400 auf 2700 Stimmen gesunken; wenn sie sich nur annähernd auf der noch vor anderthalb Jahren eingenommenen Höhe gehalten hätte, so wäre Herr Virchow in die engere Wahl gekommen. Wir sind begierig, wie sich die fortschrittliche Presse mit der

Thatfache dieses ungeheuren Rückgangs der Socialdemokratie abfinden wird. Wenn irgend wo bei einer Wahl die Socialdemokratie noch immer mit annähernd ungeschwächten Kräften auf dem Plage ist, so wird seitens der Gegner des Socialistengesetzes jedesmal daraus ein Beweis für die Unwirksamkeit dieses Gesetzes gemacht. Wir sind gespannt, ob aus der gegenwärtigen Thatfache nun auch der gegentheilige Beweis gezogen wird. Erheblich zurückgegangen ist auch die Stimmzahl für den Compromißcandidaten der weiter rechts stehenden Parteien. Es ist dies nicht überraschend. Herr Max Dunder ist kein in weiten Kreisen populärer Name; seine genauere Parteistellung ist bei seiner Zurückgezogenheit vom öffentlichen Leben nicht bekannt; er war kaum einer der für ihn stimmenden Parteien ganz nach dem Sinn; er hat auch Nichts gethan, um in die Wahlbewegung einzugreifen und weder er noch einer seiner Wähler haben sich daran gedacht, daß er durchdringen könne. Die nationalliberale Partei hatte nicht gerade Anlaß, sich für diese Candidatur zu erwärmen, und hat es auch nicht gethan; es mögen viele Stimmen, die einst auf Fordenbed und Fall gefallen, jetzt Herrn Virchow zugefallen sein. Manche nationalliberale Wähler aber werden sich zu Reptilien nicht haben entschließen können, und zwar mit gutem Grund. Diese Candidatur war mit schroffer, beleidigender Rücksichtslosigkeit gegen die Nationalliberalen ins Werk gesetzt; der vorher aufgestellte Candidat Ebert wurde von seinen eigenen Parteigenossen reprobiert, weil er ein den Nationalliberalen zu genehmer Candidat sei; wenn

man die Wahlreden des Herrn Klog oder des Herrn Virchow selbst las, so mußte man auf den Gedanken kommen, es gebe keinen anderen Feind als die Nationalliberalen zu bekämpfen; so stark waren ihre Reden mit gehässigen Ausfällen gegen unsere Partei gespickt. Seit Wochen überhaupt hat die Berliner Fortschrittspartei wieder angefangen, die Hebe gegen die Nationalliberalen wie einen Sport zu treiben. Keine fortschrittliche Versammlung bis herab zu den grünen Politikern des Vereins „Waldeck“, die sich nicht in den ungerimeinsten und gehässigen Angriffen gegen die nationalliberale Partei zu ergehen liebt. Herr Ludwig Löwe sprach uns neulich in Kassel die Christenbe-rechtigung als Partei ab; eine Berliner Localgröße äußerte vor Kurzem in der fortschrittlichen „Freien Vereinigung“, ein echter Conservativer sei ihm bedeutend lieber als ein Nationalliberaler, ohne Widerspruch zu finden, und dergleichen Blößen aus fortschrittlichen Reden wären aus den letzten Wochen zu Dutzenden zusammenzubringen. Und dann mußte man uns zu, daß und Hohn mit Unterstüßung zu vergelten! Besonders empört über die Haltung der Nationalliberalen ist die „Vollzeitung“, dasselbe Blatt, das noch vor Kurzem bei der Wahl in Magdeburg ziemlich unerschrocken seinen Parteigenossen den Rath gab, selbst in der eigenen Wahl zwischen einem Nationalliberalen und einem Socialdemokraten lieber für letzteren zu stimmen! Wir meinen, nach alledem kann man es wohlthätig einem Nationalliberalen nicht verdenken, wenn er sich, wenigstens beim ersten Wahlgang, zur Wahl Virchow's nicht entschließen konnte.

Unter den Berliner Fortschrittspartei äußert sich die „Vossische Zeitung“ zu der Wahl wie folgt:

„Kann die Fortschrittspartei auch an sich mit dem Resultate zufrieden sein, so muß sie doch die Dautheit beklagen, mit welcher ihre Anhänger ihrer staatsbürgerlichen Pflicht genügt haben. Während noch bei der letzten Wahl auf Herrn Hoffmann 14,148 Stimmen entfielen, erhielt Herr Virchow nur 8150. Hieraus geht hervor, daß mehr als 40 Proc. Derjenigen, die sich vor zwei Jahren an der Wahl betheiligten, sich diesmal ferngehalten haben. Man man diese Erscheinung auch durch die häufige Wiederkehr der Wahlen (hat doch der Bezirk im Laufe von noch nicht zwei Jahren bereits dreimal zum Reichstag wählen müssen), durch die allgemeine Erfahrung einer schwächeren Betheiligung bei Nachwahlen und andere derartige Gründe erklären wollen, entschuldigen kann man sie nicht. Sie legt leider davon Zeugnis ab, daß wieder ein Gefühl der Sicherheit eingetreten ist, welches in Verbindung mit der immer größer werdenden Kapazität im politischen Leben überhaupt gar zu leicht dahin führen kann, daß die Berliner Wählerschaft ähnlichen Erfahrungen entgegen geht, wie sie sie im Januar 1874 gemacht hat. Von manchen Seiten wird darüber geklagt, daß diesmal die Vorbereitungen nicht mit dem gewohnten Eifer ausgeführt worden seien. Ist dieser Vorwurf begründet, so ist es Sache der Wählerschaft, aus sich heraus Vorregeln in Vorschlag zu bringen, durch welche etwaige Mängel in der Organisation gehoben werden. Wie dem aber auch sei, der That-sache kann man sich nicht verschließen, daß die Wählerschaft ihre Schuldigkeit nicht in dem Umfange gethan hat, wie man es von ihr ermaßen durfte.“

Das „Berliner Tageblatt“ stellt über das Wahlergebnis folgende Betrachtung an: